

Brückenbau im Kriegsgebiet

VON HOLGER MÖHLE

Gesucht wird der Schlüssel zum Frieden. Doch der ist in Nahost seit Jahrzehnten verschollen. Wo Vernichtung gesät wird, kann kein Frieden wachsen. Seit dem 7. Oktober, als die Hamas in Israel morden ging, Kinder abschlachtete und Menschen entführte, herrscht selbst im Gazastreifen eine neue Zeitrechnung. Nahezu die gesamte Bevölkerung, 2,4 Millionen Menschen, ist auf der Flucht – vor den Angriffen der israelischen Armee, die bei ihrem Befehl, die Hamas zu vernichten, beinahe den gesamten Lebensraum der Zivilbevölkerung in Gaza zerstört hat. Auf diesem Boden wachsen nur noch mehr Elend und Not – darauf gedeihen Extremismus und Terrorismus. Ein Teufelskreis.

Wenn die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock an diesem Mittwoch für zwei Tage zu ihrer nächsten Vermittlungsmission in Israel eintrifft, muss sie der israelischen Führung klarmachen, dass es trotz allen Terrors der Hamas kein Recht auf Vertreibung gibt, sehr wohl aber das Recht Israels, sich zu verteidigen. Gaza wiederum muss sehr bald von einer reformierten palästinensischen Autonomiebehörde geführt und regiert werden, einer Behörde, in die der Wahnsinn der Hamas nicht weiter reinregiert. Ob die israelische Armee es mit ihren Offensiven tatsächlich geschafft hat, die Terrormiliz nachhaltig zu zerschlagen, ist fraglich. Der Hydra der Hamas werden für jeden Kopf, den sie verloren hat, weitere Köpfe nachwachsen. Baerbock, Außenministerin der Mittelmacht Deutschland, versucht den Brückenschlag, der im Nahen Osten nicht selten eine Quadratur des Kreises ist – aus Gewalt und Gegengewalt. Benjamin Netanjahu ist ein Ministerpräsident, den nicht die Stabilität seiner rechts-religiösen Koalition, sondern der Krieg im Amt hält. Das verheißt nichts Gutes. Eine Feuerpause böte allen Seiten Zeit – zum Nachdenken, wie sie miteinander leben wollen.

Klare Kante gegen China

VON ANTJE HÖNING

Ohne China sähe die deutsche Wirtschaft alt aus: Aus keinem Land importiert Deutschland mehr Waren, wie wir in der Pandemie zu spüren bekommen haben, als Peking mit harten Lockdowns die Lieferketten reißen ließ. Aber auch als Absatzmarkt ist die Volksrepublik zentral, vor allem für Autobauer: Der Volkswagen-Konzern hatte zeitweise knapp jedes fünfte Auto in China verkauft. Dass China eine Autokratie ist, für die Menschenrechte und Umweltschutz wenig zählen, hat die Unternehmen bislang nicht gestört. Würden sie nur mit Firmen aus Demokratien handeln, würden der Absatzmarkt und die deutsche Wirtschaft rasant schrumpfen. Vielen deutschen Verbrauchern ist es leider ohnehin egal, wie die von ihnen konsumierten Waren hergestellt werden. Selbst Grüne, die sich eigentlich eine wertorientierte Außenpolitik auf die Fahnen geschrieben haben, machen Katar den Hof, um Deutschland mit dessen Flüssiggas unabhängig von Russland zu machen. So unschön kann Realpolitik sein.

Doch alles hat Grenzen. Die erste rote Linie ist, dass Deutschland seine Sicherheit nicht China ausliefern darf – darum ist es richtig, dass die Bundesregierung gegen Huawei einen harten Kurs fährt. Dessen Bauteile haben im sensiblen deutschen Mobilfunknetz nichts zu suchen. Die zweite rote Linie besteht darin, dass deutsche Unternehmen sich nicht an Menschenrechtsverletzungen beteiligen oder davon profitieren dürfen. Der Chemiekonzern BASF, der sich mit seinen Investitionen in China zu stark ausliefert, zieht sich nun von seinem Joint Venture in der Uiguren-Region Xinjiang zurück, die immer wieder wegen Menschenrechtsverletzungen in den Schlagzeilen ist. Gut so. Volkswagen sollte dringend folgen. Dass eine breite Allianz von Grünen bis FDP dies fordert, sollte VW zu denken geben. Auf Zwangsarbeitsregime dürfen gerade deutsche Konzerne ihre Geschäfte nicht bauen.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Der Verfassungsschutz darf den Jugendverband der AfD jetzt offiziell als „gesichert rechtsextrem“ bezeichnen. Wie radikal die Jugend auch in Nordrhein-Westfalen ist, zeigt ein Blick auf ihr Personal.

Am ganz rechten Rand

VON JULIA RATHCKE

Aus ihrer Anbiederung an Rechtsextremisten macht die Junge Alternative (JA) Nordrhein-Westfalen keinen Hehl. „Ihr wollt mehr über Remigration erfahren? Bestellt den Nummer Eins Amazon-Bestseller von Martin Sellner vor“, heißt es gleich im jüngsten Video-Post der JA NRW auf ihrem Instagram-Account. Beworben wird das Werk des Österreicherers, der auf dem Potsdamer Geheimgespräch einiger AfD-Funktionäre und Rechtsextremer als Starredner geladen war, vom Vorsitzenden der NRW-Jugend: Felix Alexander Cassel. Als JA-Gesicht, stets gut ausgeleuchtet und professionell vertont, gibt er in den sozialen Medien den Ton an – freundlich-provokativ, halbironisch, inhaltlich radikal.

Weit tiefere Einblicke als bloß in Social-Media-Aktivitäten hat der Verfassungsschutz, der den Jugendverband der AfD seit Jahren beobachtet. 2019 zunächst als Verdachtsfall im Bereich des Rechtsextremismus eingestuft, erklärte die Behörde die JA insgesamt im Sommer 2023 zur „gesichert rechtsextremistischen Bestrebung“. Dagegen klagten AfD und ihre Nachwuchsorganisation – und scheiterten. Wie das Verwaltungsgericht Köln nun in einem 76-seitigen Beschluss ausführte, bestünden keine Zweifel, dass die JA verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolge. Der Beschluss zur JA auf Bundesebene greift gewissermaßen dem vor, was die nordrhein-westfälische Behörde nach eigenen Angaben noch untersucht: Offiziell hat der Verfassungsschutz in NRW die Junge Alternative erst Ende Dezember als Verdachtsfall eingestuft und darf sie deshalb mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwachen. Doch was die Behörden damit womöglich nachweisen und das Verwaltungsgericht Köln für die gesamte JA bestätigte, dürfte wenig überraschen. Zusammen mit Initiativen

Von einer Distanz zu rassistischen, radikalen oder klar rechtsextremen Gruppierungen ist nichts zu erkennen

wie „Ein Prozent“ und dem rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ ziele die JA auf die Ausgrenzung vermeintlich „Fremder“ und versuche, diese Positionen gesellschaftlich anschlussfähig zu machen, so der Kölner Gerichtsbeschluss. „Das Propagieren von Feindbildern und Schüren von Ressentiments in der Bevölkerung sind generell geeignet, den Boden für unfriedliche Verhaltensweisen gegenüber den Betroffenen zu bereiten“, attestieren die Richter der JA. Daran hat auch deren Ableger in NRW offenbar seinen Anteil.

Da ist zum einen Sellner-Fan Felix Cassel, Landesvorsitzender in zweiter Amtszeit, seit 2017 Jurastudent in Bonn und seit 2019 in einem Gerichtsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und Fahrerflucht. Nach einer Wahlkampfveranstaltung 2019 in Köln soll Cassel einen

Gegendemonstranten mit dem Auto angefahren haben. Das Kölner Amtsgericht verurteilte ihn zu sieben Monaten Haft auf Bewährung, doch das Landgericht sprach den Studenten in zweiter Instanz frei. Das Oberlandesgericht hob dieses Urteil später wieder auf – und muss sich nun erneut mit dem Fall beschäftigen, in dem Cassel sich selbst als Opfer sieht und sein Verhalten im Prozess mit Notwehr erklärte.

Auch sein Stellvertreter im JA-Vorstand, Nils Hartwig, ist in juristischen Schwierigkeiten. Die AfD-NRW hat ein Parteiausschlussverfahren angeleiert. Über das befindet das Parteischiedsgericht an diesem Freitag. Wie der WDR berichtet, soll Hartwig eine Parteikollegin bedrängt und bei ihrem Arbeitgeber als „eine knallharte Nazi“ denunziert haben. Dabei hat er selbst einschlägige Kontakte: Der aus Unna stammende Student, der auch stellvertretender JA-Bundessprecher ist, gilt als Mitbegründer der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB) in NRW. Im Dezember

2016 war er an der Sitzblockade der IB vor der Berliner CDU-Zentrale beteiligt, einer bundesweiten Aktion der Rechtsextremisten, deren Kopf der Buchautor Sellner ist. Auf Nachfrage unserer Redaktion, ob er den Österreicher persönlich kenne und schätze, sagt Hartwig: „Er ist ein kluger Kopf und erweitert mit seinen Thesen regelmäßig den Diskursraum.“ Er selbst sei aktuell kein Mitglied der Identitären Bewegung, betont Hartwig,

INFO

Mehrheit sieht AfD als Gefahr für die Demokratie

Umfrage Zwei Drittel (66 Prozent) der Deutschen bewerten laut einer Umfrage die Politik der AfD als eine Gefahr für die Demokratie. Davon schätzen 78 Prozent die von der AfD ausgehende Gefahr als noch größer ein als ein Jahr zuvor, wie eine neue Forsa-Erhebung für das RTL/NTV-Trendbarometer ergab.

Minderheit Nur 19 Prozent der Befragten sind demnach der Auffassung, dass die AfD eine normale demokratische Partei sei. Die große Mehrheit von 78 Prozent teilt hingegen die Ansicht, dass die AfD eher eine Partei am rechtsradikalen Rand sei. 76 Prozent der Befragten bezeichnen wachsende Zustimmung in der Bevölkerung für die AfD als besorgniserregend. (epd)



Der Bundeskongress der Jungen Alternative im Januar 2015. FOTO: DPA

aber er schätze „den Mut eines jeden jungen Menschen, der sich für seine Heimat einsetzt.“ Ob er sich im Falle eines Parteiausschlusses wieder stärker bei der IB engagieren würde, lässt Hartwig offen. Er gehe nicht davon aus, dass das Parteiausschlussverfahren gegen ihn erfolgreich sei.

Auch ein enger Vertrauter Hartwigs sucht gezielt die Nähe zu ganz Rechten: Matthias Helferich, ehemaliger Aler und fraktionsloser Bundestagsabgeordneter aus Dortmund, dessen Wahlkreisbüro für die AfD-Jugend offensteht. Helferich war auch Gastgeber eines Symposiums im Juni 2023, auf dem ein Teilnehmer den Hitlergruß in eine Kamera von Spiegel-TV-Journalisten zeigte. Der Mann ist inzwischen kein AfD-Mitglied mehr, Helferich distanzierte sich klar von dem Vorfall.

Von einer Distanz zu rassistischen, radikalen oder klar rechtsextremen Gruppierungen und Positionierungen ist in der JA NRW, deren zehnköpfiger Vorstand im Übrigen nur eine Frau zählt, allerdings nichts zu erkennen. Zwar profiliert man sich lieber mit ideologischem Überbau und vermeintlich intellektuellen Größen wie Sellner – die Ziele scheinen eindeutig: Eine Nation, die auf völkisch-ethnischem Volksverständnis basiert, so wie sie Vorbilder wie Sellner definieren. In der knappen Programmatik beschreibt die JA NRW ihr Ziel, „sich gegen alle Versuche zu stemmen, Deutschland zum bloßen Siedlungsgebiet und Experimentierfeld einer unkontrollierten Masseneinwanderung zu machen. Zuwanderung hat sich nach den Interessen unseres Landes zu richten“. An Migranten solle grundsätzlich eine Erwartungshaltung der Assimilation gerichtet werden. Das ist eine „Wiederbelebung des Nationalstolzes“, der auf Ausgrenzung gründet. Und der manchmal in einer niederdrückenden Form von Zuspitzung daherkommt. Etwa auf den Stickern, die die JA NRW gern auf Parteiveranstaltungen der AfD verteilt: „Abschieben schafft Wohnraum“, steht dort in Großbuchstaben.

WISSENSDRANG

Mit dem Humor ist das so eine Sache. Ohne ihn geht jede Ehe in die Brüche. Er kann auch ganz schön fies sein, je nach Art des Humors. Nach Aristoteles lachen wir, wenn wir uns dem anderen überlegen fühlen. Humor bedeutet also, über jemanden zu lachen, was das Mitgefühl blockiert. Dieser Überlegenheitstheorie des Humors als verbaler Gewalt entsprechen die Blondinenwitze und der politisch superprogressive Sadismus eines Jan Böhmermann: Wer in der ZDF-Sendung „Magazin Royale“ zum Objekt des Gelächters wird, hat wenig zu lachen. Manchmal verliert er sogar seinen Job, wie der BSI-Chef Arne Schönbohm, dem Böhmermann Russlandverbindungen nachsagte (kein Witz!). Auch viele Formen vermeint-

Süße Rache gegen Jan Böhmermann

Der Imker Rico Heinzig wehrt sich mit Satire gegen Recherchen des Moderators.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

lich humorvoller Alltagskommunikation entpuppen sich beim Hinschauen als versteckte Macht- und Demütigungsspiele, die sich des Humors bedienen, um dem Opfer die Möglichkeit der Gegenwehr zu nehmen – denn wer will als humorlos gelten? Im Gegensatz zu diesem sadistischen Humor hat sich in der Antike eine Form des Humors entwickelt, die auf die Zerstörung des falschen Scheins, die Entlarvung falscher Ansprüche und Überheblichkeiten zielt. Humor dient hier nicht der Demütigung, sondern der Befreiung von anmaßenden Ansprüchen und der Unterwanderung dreister Vereinnahmungen. Mit diesen Mitteln schlug ein Imker aus Sachsen zurück, den Böhmermann ungefragt in einer Sendung abgebildet und einer Unlauter-

keit namens „Beewashing“ bezichtigt hatte. Er benutzte die Diffamierung als Werbekampagne für einen „Beewashing-Honig“, mit der Empfehlung von Deutschlands „führendem Bienen- und Käferexperten“ Böhmermann. Der fand das gar nicht spaßig und klagte. Das Gericht gab dem Imker recht, da Böhmermann ihn „ungefragt vor einem Millionenpublikum spöttisch ins Licht der Unlauterbarkeit gestellt“ habe. Jetzt geht es in die Berufung. Hoffen wir, dass auch das nächste Gericht Humor hat – aber nicht die Böhmermann-Sorte.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.